

Politische Steuerung der Energietransformation in der niederländischen Konkordanzdemokratie

Musch, Elisabeth

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Musch, E. (2019). Politische Steuerung der Energietransformation in der niederländischen Konkordanzdemokratie. *der moderne staat - dms: Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 12(2), 347-366. <https://doi.org/10.3224/dms.v12i2.10>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Elisabeth Musch

Politische Steuerung der Energietransformation in der niederländischen Konkordanzdemokratie*

Zusammenfassung

Die niederländische Regierung verfolgt eine bewährte Verhandlungsstrategie, auch bekannt als Poldermodell, um eine umfassende Transformation des Energiesystems und der Wirtschaft zu erreichen. Neben der Umstrukturierung des Energiesektors und Klimaschutzprojekten erstreckt sich der Ansatz auf die Förderung des Wirtschaftswachstums, nationale und internationale Marktentwicklungen, Technologie- und Innovationspolitik sowie Reformen des Verkehrssektors und Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung. 2013 hat die Regierung unter Federführung des Sozialökonomischen Rates (SER) mit verschiedenen Interessengruppen, darunter Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Umweltverbände, einen Energiepakt für nachhaltiges Wachstum (*Energieakkoord*) ausgehandelt. Im Jahr 2018 folgten Verhandlungen über einen Klimapakt (*Klimaataakkoord*) mit Unternehmen, Interessengruppen, den Provinzen und Kommunen. Die umfassende niederländische Politik der Energiewende und das zugrunde liegende Zusammenspiel von Regierungsinitiativen, korporatistischer Interessenvermittlung und Politikberatung kann als Musterbeispiel für ausgehandelte Transformationspolitiken betrachtet werden.

Schlagerworte: Energiepolitik, Konkordanzdemokratie, Verhandlung, Politikberatung, Transformation

Abstract

Governing the Energy Transformation in the Dutch Consociational Democracy

The Dutch government applies the traditional negotiating strategy, also known as the *polder model*, to achieve a comprehensive transformation of the energy system and the economy. Beyond the restructuring of the energy sector and climate protection projects, the approach extends to fostering of economic growth, national and international market developments, technology and innovation policies, as well as reforms of the transport sector and development of the labour market. In 2013, the government negotiated an Energy Pact for Sustainable Growth (*Energieakkoord*) with various interest groups, including trade unions, employers' associations and environmental associations, under the auspices of the Social and Economic Council (SER). In 2018, negotiations with companies, interest groups, provinces and municipalities on a Climate Pact (*Klimaataakkoord*) followed. The comprehensive Dutch policy of energy transformation and its underlying interplay of government initiatives, corporatist interest intermediation and policy advice can be seen as a prime example of negotiated transformation.

Keywords: Energy policy, Consociational democracy, Negotiation, Policy advice, Transformation

1 Einleitung¹

Im September 2013 schloss die niederländische Regierung mit Interessenverbänden, darunter den Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, Naturschutz- und Umweltverbänden sowie weiteren Interessengruppen den Energiepakt für nachhaltiges Wachstum

(*Energieakkoord voor duurzame groei*). Das federführende Wirtschaftsministerium übertrug die Verhandlungsführung und die Koordinierung der Implementation des Paktes dem Sozialökonomischen Rat (*Sociaal Economische Raad*, SER). Mit den Paktvereinbarungen sollen die aus den EU-20-20-20-Zielen resultierenden nationalen Zielvorgaben umgesetzt werden. Die Unterzeichner des Paktes sind zur Umsetzung der sie betreffenden Maßnahmen verpflichtet. Sie werden dabei von einem beim SER angesiedelten Prüfungsausschuss beaufsichtigt (SER, 2013a; 2013b). Auf den Energiepakt folgten im Februar 2018 Verhandlungen zum Abschluss eines Klimapaktes (*Klimaatakkoord*). Diese leitet das Wirtschaftsministerium des seit Oktober 2017 amtierenden dritten Kabinetts unter Ministerpräsident Mark Rutte von der rechtsliberalen VVD (*Volkspartij voor Vrijheid en Democratie*).² Angelehnt an das Pariser Übereinkommen von 2015 erarbeiteten Regierungsvertreter und Referenten des SER mit Unternehmen, Interessenorganisationen sowie Provinzen und Gemeinden Maßnahmen, die das Ziel der Regierung, die CO₂-Emissionen bis 2030 um 49% zu reduzieren, umsetzen sollen. Ende Juni 2019 legte der Klimarat (*Klimaatberaad*) eine neue Fassung des Klimapaktes vor (Klimaataakkoord, 2019a; 2019b). Anfang Juli 2019 debattierte die Zweite Kammer über den Pakt, der nun der Zustimmung aller beteiligten Akteure bedarf. Ihm war im Dezember 2018 eine Entwurfsversion vorausgegangen, die jedoch von den Umweltverbänden und der Gewerkschaft FNV nicht mitgetragen worden war (Rijksoverheid, 2018a; Ministerie van Economische Zaken en Klimaat (EZK), 2018a). Die überarbeitete Version entstand auf Grundlage der im März 2019 veröffentlichten Prüfberichte der niederländischen Umweltbewertungsbehörde (*Planbureau voor de Leefomgeving*, PBL) und des niederländischen Büros für Wirtschaftspolitikanalyse (*Centraal Planbureau*, CPB) und nach der Debatte über den Entwurf und die Prüfberichte im Parlament (Klimaataakkoord, 2019a; 2019b).

Das Verfahren folgt etablierten Routinen der niederländischen Verhandlungsdemokratie. In Anlehnung an das aus der Versäulung hervorgegangene Handlungsreertoire, auch bekannt als Poldermodell, initiiert die niederländische Regierung Konsultationen zwischen den relevanten Interessengruppen mit dem Ziel, Konsens zu mobilisieren und Konflikte durch Kompromisse zu befrieden. Die Einbindung gesellschaftlicher Gruppen bezieht sich dabei nicht nur auf Verhandlungen, sondern umfasst auch den Implementationsprozess (Lijphart, 1968; Visser & Hemerijck, 1998). Bei den Energiepakt- und Klimapaktverhandlungen liegt insofern eine Pfadabhängigkeit vor, die mit inkrementellem institutionellen Wandel einhergeht. Der Theorie der Pfadabhängigkeit zufolge bringt ein Ereignis in der Vergangenheit (*critical juncture*) ein bestimmtes Politikmuster hervor. Dieses Muster wird in darauf folgenden Politikprozessen wiederholt reproduziert (*increasing returns*), obwohl die ursprüngliche historische Konstellation nicht mehr besteht (Pierson, 2000, p. 263; 2004, pp. 51-53, 95). Der inkrementelle Wandel kann in Anlehnung an Wolfgang Streeck und Kathleen Thelen (2005) als Prozess des *layering* verstanden werden. Das historisch etablierte Governance-Arrangement wird um neue Regelungen ergänzt. Sie bestehen in der Energie- und Klimapolitik in verbesserten Verfahren der Implementationskontrolle und neuen Formen der Bürgerbeteiligung.

Der für die Niederlande typische Governance-Ansatz einer verhandlungsförmigen Politikentwicklung soll in dem Beitrag dargelegt werden, und es soll erklärt werden, warum die niederländische Regierung zur Bewältigung der Energietransformation erneut darauf zurückgreift. Die Datenbasis der Fallstudie bilden vorwiegend amtliche

Dokumente, die um Informationen aus Experteninterviews und der Medienberichterstattung ergänzt werden. Im Folgenden werden zunächst Merkmale der niederländischen Verhandlungsdemokratie vorgestellt. Daran schließt ein Überblick über den Energiemix und die Energiestruktur in den Niederlanden an. Es folgt ein Abriss zentraler Eckdaten der Energie- und Klimapolitiken. Daraufhin werden die Verhandlungen des Energiepaktes und des Klimapaktes analysiert. Im Fazit werden die Ergebnisse diskutiert.

2 Die niederländische Verhandlungsdemokratie

Die Niederlande zählen zu den stark koordinierten Marktwirtschaften. Konkordanzdemokratie und Korporatismus haben hier eine lange Tradition (Hemerijck & Schludi, 2000; Katzenstein, 1985; Lijphart, 1968), die in die Zeit der Versäulung (*verzuijing*) (1917-1967) zurückreicht. Die Befriedung (*pacificatie*) zwischen den Eliten der protestantisch-calvinistischen, der katholischen und der säkularen (sozialdemokratisch, liberal) sozialen „Säulen“ etablierte eine Politik, deren Spielregeln Kooperation und Kompromissfindung sowie politische Stabilität gewähren sollten (Andeweg & Irwin, 2014; Daalder, 1996; Kleinfeld, 1997; Lijphart, 1968; Van Waarden, 2002). Die Befriedung von 1917 bildet die historische Weichenstellung (*critical juncture*), aus der ein Prozess institutioneller Pfadabhängigkeit hervorging. Staatliche Akteure folgten in der Vergangenheit immer wieder diesem Pfad der Befriedungspolitik. Konkordanzdemokratie und Korporatismus weisen somit ein hohes Maß an Beständigkeit auf. Sie besteht darin, dass wiederholt ein Politikmuster ausgehandelter Reformen praktiziert wurde (Hemerijck & Schludi, 2000, p. 227). In den 1980er und 1990er Jahren bewirkte das Poldermodell eine Konzertierung der Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik im Konsens mit den Sozialpartnern (Visser & Hemerijck, 1997; 1998). In den Jahren darauf wurden rund 18 Sozialverträge geschlossen und damit etwa ein Vertrag pro Jahr (Keune, 2016, S. 15). Die Regierung griff auch in der Minderheitenpolitik der 1980er Jahre und später in den 2000er Jahren bei der Integration von Muslimen auf das korporatistische Handlungsrepertoire zurück (Musch, 2011, S. 324, 318 f.). In ihrem Vergleich der verschiedenen Pakte, die unter dem Kabinett Rutte-Asscher (2012-2017) verhandelt wurden, stellen Anton Hemerijck und Marc van der Meer (2016) heraus, dass mit dem im Jahr 2013 zwischen der Regierung und den Sozialpartnern beschlossenen sog. *Mondriaan-akkoord* ein neuer umfassender Sozialpakt vorliege. Anders als in den 1980er und 1990er Jahren beinhalte dieser aber eine geteilte Agenda für den zukünftigen Arbeitsmarkt und die soziale Sicherheit. Bei den anderen Vereinbarungen handelte es sich hingegen um ad hoc ausgehandelte Pakte in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wohnen, Technik und Energie. Diese sektoralen Verhandlungen, denen keine institutionalisierte Verhandlungsstruktur zugrunde lag, setzten sich entsprechend sektorspezifisch aus unterschiedlichen Fachverbänden, Industrieverbänden und Interessengruppen zusammen (Hemerijck & Van der Meer, 2016, S. 185 f.). Der Energiepakt von 2013 und der seit 2018 verhandelte Klimapakt sind Gegenstand dieses Beitrags.

Das besondere nationale System der Politikberatung erfüllte zentrale Funktionen der Expertise und Legitimation. Trotz eines zunehmend ausdifferenzierten politischen Systems und einer insgesamt wachsenden Politisierung und Polarisierung im Parteiensystem blieben die Beratungsstrukturen hochentwickelt, formal institutionalisiert und

stabil (Andeweg & Irwin, 2014, p. 192). Der Sozialökonomische Rat (SER), dem in der Energietransformation eine zentrale Rolle zukommt, wurde 1950 als oberstes Beratungsgremium der Regierung in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen gegründet und setzt sich drittelparitätlich aus Mitgliedern der Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und von der Regierung berufenen unabhängigen Sachverständigen, sog. Kronmitgliedern (*kroonleden*), zusammen (Lepszy, 2006, S. 371-372; SER, 2019a).³ Die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben ihre feste Funktion als Berater in dem Gremium und sind im ständigen Dialog miteinander, den Kronmitgliedern, weiteren Wissenschaftlern und der Politik. Empfehlungen des SER haben nach wie vor großes Gewicht (Keune, 2016, S. 15). Mit der Zeit dehnte sich die Gutachtertätigkeit des SER auf ein breiteres Themenfeld aus, darunter die Agrarpolitik, Bildung, Gesundheit, Wohnungswesen, Raumplanung, europäische und internationale Politik sowie über Fragen der Nachhaltigkeit, Energie und Umwelt (Schrijvers, 2012, S. 162; SER, 2019a). Der Beratungstätigkeit liegt ein Gemeinwohlkonzept zugrunde, das ökonomische, ökologische und soziale Dimensionen berücksichtigen soll (SER, 2017, S. 8). Mit der Tätigkeitserweiterung ging die Integration von Verbraucherverbänden und Umweltverbänden in die Ausschussarbeit des SER einher (Peet, 2010, S. 241-243; Schrijvers, 2012, S. 227; Interview-NL2).

3 Die Entwicklung des Energiesystems in den Niederlanden

Erdgas, Erdöl und Kohle sind noch wesentliche Energieträger in den Niederlanden. Eine erste Transformation erfolgte in den 1960er Jahren, als nach Erdgasfunden in Groningen auf Gas umgestellt wurde. Kohle und Kohleprodukte werden seitdem ausschließlich importiert. 2016 lag der Anteil von Erdgas bei rund 40% und von Erdöl bei 37,6% am Gesamtenergieverbrauch und der von Kohle und Kohleprodukten bei 13,5%. Im Jahr 2018 lagen die Werte bei 41,3% (Erdgas), 37,6% (Erdöl) und rund 11% (Kohle und Kohleprodukte) (vorläufige Zahlen) (Centraal Bureau voor de Statistiek (CBS), 2018a). Es wird geschätzt, dass die Vorräte im Gasfeld Groningen noch ca. 30 Jahre ausreichen, um den nationalen Gesamtbedarf zu decken (Correljé, Linde & Westerwoudt, 2003, pp. 151, 201; Deutsch-Niederländische Handelskammer (DNHK), 2018, S. 12). Die Regierung erklärte jedoch Ende März 2018 die Erdgasförderung in der Provinz Groningen bis 2030 vollständig einstellen zu wollen. Der Entscheidung lagen Sicherheitsbedenken zugrunde, die in den durch die Gasförderung ausgelösten Erdbeben in der Region begründet liegen. Durch die Stilllegung soll die Sicherheit in der Provinz gewährleistet werden (Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK), 2018; Ministerie van EZK, 2018b). Das Fördervolumen mit Stand von 2018 von 21,6 Mrd. Kubikmetern in einem Jahr mit durchschnittlichen Temperaturen und 27 Mrd. Kubikmetern in einem kalten Jahr soll bis 2022 jährlich auf 12 Mrd. Kubikmeter reduziert werden. Spätestens ab Oktober 2022 und gegebenenfalls schon früher ist eine Reduzierung auf 7,5 Mrd. Normkubikmeter vorgesehen. Bis 2030 soll die Gasförderung dann ganz auslaufen. In Anlehnung an die Empfehlungen des Übertragungsnetzbetreibers Gasunie Transport Services (GTS) sieht die Regierung verschiedene Maßnahmen vor, um diese Ziele zu erreichen. Hochkalorisches Erdgas aus anderen Quellen soll durch Beimischung von Stickstoff das niederkalorische Groningen-Gas ersetzen. Die notwendige zusätzliche Stickstoffproduktion soll ab 2011 über eine neue Stickstoffan-

lage in Zuidbroek gedeckt werden. Deren Kosten von 500 Mio. Euro werden auf die Verbraucher umgelegt. 170 industrielle Großverbraucher sind aufgefordert bis 2022 auf hochkalorisches Erdgas oder andere Quellen umzurüsten. Des Weiteren soll der Export von Groningen-Gas nach Deutschland, Frankreich und Belgien reduziert und ab 2029 beendet werden. Schließlich soll der Gasbedarf im Gebäude- und Gewächshaussektor reduziert und durch nachhaltige Quellen ersetzt werden (Ministerie van EZK, 2018b; 2019a; 2019b).

Die Teilnehmer der Energiepaktverhandlungen vereinbarten, von den zehn in den Niederlanden bestehenden Kohlekraftwerken die fünf ältesten Kraftwerke aus den 1980er Jahren stillzulegen. Im Gegenzug sicherte die Regierung zu, die Stromerzeugung der verbleibenden Anlagen von der Kohlesteuer freizustellen. Der daraus resultierende Steuerverlust sollte durch eine Erhöhung der allgemeinen Energiesteuer kompensiert werden, die zu jeweils 50% von den Haushalten und Betrieben getragen wird (Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) & International Energy Agency (IEA), 2014, pp. 166-167; SER, 2013a, S. 20-21). Die Behörde für Verbraucher und Märkte (*Autoriteit Consument en Markt*, ACM) hielt die Vereinbarung für wettbewerbsbeschränkend und verbot sie. In der Folge einigte sich Wirtschaftsminister Henk Kamp (VVD) mit den Energieunternehmen und Umweltorganisationen darauf, drei der fünf Kohlekraftwerke 2016 und die beiden anderen 2017 zu schließen (OECD & IEA, 2014, p. 167). In Bezug auf die noch verbleibenden fünf aktiven Kohlekraftwerke entschied das dritte Kabinett Rutte im Mai 2018, dass hiervon die beiden älteren Kraftwerken bis Ende 2024 den Betrieb mit Kohle einstellen sollen und die drei neuesten bis spätestens Ende 2029. In der Zwischenzeit können die Eigentümer der Kraftwerke diese auf andere Brennstoffe, wie z. B. Biomasse zur Stromerzeugung umrüsten (Regeerakkoord, 2017, S. 38; Rijksoverheid, 2018b). Hierzu ist vom Wirtschaftsministerium ein Gesetzentwurf zum Verbot der Stromerzeugung aus Kohle (*Wet verbod op kolen bij elektriciteitsproductie*) vorgelegt worden, der von der Zweiten Kammer am 4. Juli 2019 angenommen wurde (Eerste Kamer, 2019a).

Der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch lag 2016 bei rund 5%. Davon entfielen 3,8% auf Biomasse, 1% auf Windenergie und 0,2% auf Solarenergie (CBS, 2018a). Im Jahr 2018 lagen die vorläufigen Werte bei 4,4% Biomasse, Windenergie 1,2% und Sonnenenergie 0,4%. Kernenergie (2016: 1,2%, 2018: 1,1%) spielt eine geringe, aber konstante Rolle im Energiemix, nachdem die Laufzeit des einzigen Kernkraftwerks in Borssele bis 2033 verlängert wurde.

Zu den größten Energieversorgern zählen Essent als Teil der RWE-Gruppe, Eneco Energie und Nuon, das Teil der Vattenfall-Gruppe ist (DNHK, 2018, S. 50-51). Gasunie Transport Services (GTS) und TenneT TSO sind die Übertragungsnetzbetreiber für Gas und Strom. Sie sind jeweils Tochterunternehmen der TenneT Holding bzw. von Gasunie, die zu 100% dem niederländischen Staat gehören. Acht Verteilernetzbetreiber betreiben die Strom- und Gasverteilnetze und ein weiterer betreibt ausschließlich ein Gasverteilnetz (ACM, 2017, p. 3; E-Bridge et al., 2014, S. 31; Roggenkamp, 2016, pp. 766-767).

Die CO₂-Emissionen sind im Zeitraum 1990 bis 2016 insgesamt eher langsam gesunken. Aufgrund eines hohen Anteils fossiler Energien in der Industrie und der Stromerzeugung verursacht der Energiesektor die meisten Emissionen. 2017 betrug der CO₂-Ausstoß 193 Mrd. Tonnen CO₂-Äquivalente und lag damit 1% niedriger als im Vorjahr und 13% niedriger als 1990 (CBS, PBL & Wageningen UR, 2017; CBS, 2018b). Infolge des Urgenda-Urteils des Bezirksgerichts Den Haag aus dem Jahr 2015

müssen die CO₂-Emissionen bis 2020 um mindestens 25% im Vergleich zum Jahr 1990 gesenkt werden. Im Berufungsverfahren wurde das Urteil im Oktober 2018 bestätigt und die Regierung ermahnt, ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Bürgern nachzukommen (de Rechtspraak, 2018; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2018; Saurer & Purnhagen, 2016; Van Santen & Lutikhuis, 2018).⁴ Mit dem Ziel, CO₂-Emissionen bis 2030 um 49% im Vergleich zu 1990 zu reduzieren, ging das dritte Kabinett Rutte über das EU-Reduktionsziel von 40% hinaus. Die Niederlande streben zudem im europäischen Kontext eine Erhöhung der Reduktion auf 55% an (Ministerie van EZK, 2017; Regeerakkoord, 2017, S. 37 f.; SER, 2018a, S. 7).

Die Niederlande schneiden vergleichsweise schlecht ab, wenn es um den Ausbau erneuerbarer Energien, das Einsparen von Energie und die Reduzierung der CO₂-Emissionen geht. Dies zeigt sich auch im *Energy Transition Index* (ETI) von 2019 des Weltwirtschaftsforums.⁵ Hier liegen die Niederlande mit einem ETI-Wert von 69% auf Platz neun. Deutschland (65%, Platz 17) und Luxemburg (66%, Platz 15) schneiden recht ähnlich ab. Schweden, die Schweiz und Norwegen sind international führend in der Transformation ihrer Energiesysteme (World Economic Forum, 2019). Deutschland verfehlt trotz des intensiven Ausbaus von Erneuerbaren Energien seine klimapolitischen Ziele, was vor allem in Koordinations- und Steuerungsproblemen begründet liegt (siehe hierzu die Beiträge von Benz und Czada in diesem Heft). Luxemburgs Platzierung erklärt sich größtenteils über den vergleichsweise hohen Energieverbrauch pro Kopf (rund 10.654 kWh bei einem Gesamtverbrauch von 6,48 Mrd. kWh, Laenderdaten.info, 2019). Die Index-Ergebnisse weisen darauf hin, dass neben der unterschiedlichen CO₂-Intensität der Energiemixe, der Energiesystemstrukturen und der Ressourcenausstattung, institutionelle Governancefaktoren relevant sind. Im Folgenden soll gezeigt werden, dass die Niederlande hier durch Rückgriff auf das verhandlungsdemokratische Strategierepertoire begünstigt sind.

4 Die niederländische Energie- und Klimapolitik: Ein Rückblick

In den 1980er und 1990er Jahren traf die Regierung über 70 Vereinbarungen (*convenanten*) mit der Industrie, in der sich letztere zur Reduzierung von Umweltschäden verpflichtete (Andeweg & Irwin, 2014, p. 195; Van Waarden, 2002, p. 59). Bereits der erste nationale Umweltplan (*Nationaal Milieubeleidsplan*, NMP 1) von 1989 adressiert den Klimawandel (Tweede Kamer, 1989). Darin werden kohärente und integrative, langfristig angelegte und mit Vertretern der Landwirtschaft, Industrie und Verbraucher abgestimmte Maßnahmen vorgezeichnet. Damit zielte der NMP 1 auf die für die Niederlande typischen zentralisierten, konsensorientierten Verhandlungen zwischen der Regierung und gesellschaftlichen Gruppen (Bekkers, Buuren, Edwards & Fenger, 2018; Pettenger, 2007, p. 59). In Anlehnung an den Erfolg des Poldermodells in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wurden in den 1990er Jahren erste Versuche unternommen, ein grünes Poldermodell einzuleiten. Gegenstand waren zunächst Projekte zur Erweiterung des Flughafens Schiphol (*Tijdelijk Overleg Platform Schiphol*, TOPS) und der Erweiterung des Hafens Rotterdam (*Project Mainport Rotterdam*, PMR). Ein Konsens konnte allerdings nur im Rotterdam-Projekt erreicht werden, während die Konsensbildung im Fall des Projektes TOPS scheiterte (Touwen, 2014, pp. 188-189; Van Zanden, 2010, S. 181-184; Weggeman, 2003, S. 344-345).

Der SER initiierte im Jahr 1999 Verhandlungen auf Ausschussebene, indem er Umweltverbände in seine Ausschüsse für Raumgestaltung und Erreichbarkeit (*Commissie Ruimtelijke Inrichting en Bereikbaarheid*, RIB) und für Nachhaltige Entwicklung (*Commissie Duurzame Ontwikkeling*, DUO) einlud (Van Zanden, 2010, S. 183). Umweltverbände sind seither dauerhaft in die Ausschussarbeit des SER integriert. Als Gründe dafür, dass sich nicht schon damals ein übergreifendes grünes Poldermodell auf nationaler Ebene herausbildete, werden eine fehlende Institutionalisierung, die Konflikte zwischen Ökonomie und Ökologie sowie ein noch nicht ausgereiftes allgemeines Problembewusstsein aufgeführt (Andeweg & Irwin, 2014, p. 195; Touwen, 2014, pp. 188-189; Van Zanden, 2010, S. 181-184; Weggeman, 2003). In ihrem vierten nationalen Umweltplan (NMP 4) von 2001 nahm die Regierung auf Anregung einer Forschergruppe um den Nachhaltigkeits- und Transitionsforscher Jan Rotmans einen *Transition-Management-Ansatz* auf, an dem sich das künftige Vorgehen orientieren sollte. Damit sollten Systeminnovationen in wichtigen Wirtschaftssektoren vorangebracht werden. Das Wirtschaftsministerium wandte den Ansatz entsprechend in der Energiepolitik an. Allerdings ergaben Studien, dass diese Reformbemühungen in inhaltlicher Hinsicht und auch organisatorisch nicht den gewünschten Erfolg brachten (Kern & Howlett, 2009, p. 403; Ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke Ordening en Milieubeheer (VROM), 2001; Rotmans, 2011). Die Regierung ersetzte den Ansatz des *Transition Management* im Jahr 2011 durch eine „Topsektorenpolitik“ (*topsectorenbeleid*) mit dem Ziel, die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit bestimmter Sektoren zu fördern. Im Sektor Energie wird ein wettbewerbsfähiges und kohlenstoffreies Energiesystem angestrebt (OECD & IEA, 2014, pp. 170-173).

2013 und 2018 leitete die Regierung Verhandlungen mit Interessenorganisationen, den Provinzen, Gemeinden und den Wasserverbänden (*waterschappen*)⁶ ein, um einen Energiepakt und später dann einen Klimapakt zu beschließen. Verschiedene Faktoren, wie die Urgenda-Urteile, internationale Klimaschutzabkommen, die Energie- und Klimaziele der EU und die mit der Erdgasförderung in Groningen verbundenen Risiken setzten die Regierung sicherlich unter Handlungsdruck. Um den Problemdruck zu verarbeiten, griff die Regierung wie bereits in der Vergangenheit die Tradition der Verhandlung und Kompromissbildung wieder auf und passte diese an neue Erfordernisse an.

5 Die Polder-Verhandlungen des Energie- und des Klimapakts

5.1 Der SER-Energiepakt

Im November 2012 schlug der SER in einem vom Wirtschaftsministerium beauftragten Gutachten zum Thema Energie und Wirtschaft vor, in Verhandlungen mit relevanten Interessengruppen eine kohärente klima- und energiepolitische Strategie zu erarbeiten. Er bot sich selbst als Plattform für solche Verhandlungen an (SER, 2012, S. 15; Interview-NL1; Interview-NL2). In Anlehnung an diese Empfehlungen initiierte die Regierung Verhandlungen mit Vertretern der Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, der Energieunternehmen, Naturschutz- und Umweltverbände, weiteren Interessengruppen und den Provinzen, Gemeinden und Wasserverbänden. Die Verhandlungsführung übertrug sie dem SER. Mit dem Energieforschungszentrum der Niederlande (*Energieonder-*

zoek Centrum Nederland, ECN) und der Behörde für Umweltbewertung (PBL) nahmen zudem zwei Expertengremien teil, die die Kosten der Maßnahmen und deren Wirtschaftlichkeit überprüfen sollten (SER, 2013a; 2013b; Interview-NL1; Interview-NL2).

In je unterschiedlicher Zusammensetzung erarbeiteten vier Arbeitsgruppen entsprechende Ziele und Maßnahmen. Eine Gruppe befasste sich mit der Energieeinsparung im Bau- und Installationssektor und der Gewinnung von erneuerbaren Energien auf lokaler Ebene. Energieeinsparungen in der Industrie und der Landwirtschaft, großräumige Energieproduktion und das EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS) waren Thema der zweiten Arbeitsgruppe. Die dritte Gruppe beschäftigte sich mit Marktfragen und technischen Innovationen, die vierte hatte schließlich Mobilität und Transport zum Thema. In einer weiteren Gruppe wurden Finanzierungsmöglichkeiten ermittelt. Eine Steuerungsgruppe koordinierte den Arbeitsprozess. Sie setzte sich zusammen aus dem SER-Präsidenten als Vorsitzenden, Vertretern verschiedener Ministerien, der Gewerkschaften und Unternehmerverbände, der Umweltverbände, des PBL sowie Abteilungsleitern des SER (SER Regiegroep Energieakkoord, 2013, S. 6). Die Einzelberichte der Gruppen bildeten die Grundlage für das gesamte Maßnahmenpaket.

Im September 2013, nach rund acht Monaten Verhandlungen, unterzeichneten schließlich 47 Akteure den Energiepakt. Mit ihrer Unterzeichnung verpflichteten sich die beteiligten Akteure, die Vereinbarungen umzusetzen (Interview-NL1; Interview-NL2). Die Maßnahmen orientieren sich an den Vorgaben der EU-20-20-20-Ziele für die Niederlande. Die EU-20-20-20-Ziele beinhalten für die EU insgesamt eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 20% im Vergleich zum Jahr 1990, 20% der Energie in der EU aus erneuerbaren Energien und eine Verbesserung der Energieeffizienz um 20% (European Commission (EC), 2019). Den Energiepakt-Maßnahmen liegen die bestehende Energiegesetzgebung, frühere Politikmaßnahmen und Finanzierungsinstrumente zugrunde. Der Pakt basiert entsprechend auf folgenden Zielen:

- eine Reduzierung des Gesamtenergieverbrauchs um durchschnittlich 1,5% pro Jahr,
- eine Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien an der Energieerzeugung von rund 4% im Jahr 2012 auf 14% bis 2020 und auf 16% bis 2023, sowie
- die Schaffung von mindestens 15.000 Vollzeit Arbeitsplätzen, wovon ein Großteil in den ersten Jahren entstehen soll (SER, 2013a, S. 11, 29).

Die Akteure vereinbarten weiterhin, die Wirtschaftsstrukturen auszubauen und in nachhaltiges Wachstum zu investieren (SER, 2013a, S. 11 f.; 2013b, p. 3). Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Niederlande soll gestärkt und Investitionssicherheiten sollen geschaffen werden. Die aus den Zielen abgeleiteten Maßnahmen betreffen zehn Themenschwerpunkte (sog. Säulen, *pijler*):

1. Energieeinsparung,
2. Ausbau der erneuerbaren Energien,
3. Förderung der dezentralen Energieerzeugung mit erneuerbaren Energien,
4. das Energieübertragungsnetz für eine nachhaltige Zukunft vorbereiten,
5. ein gut funktionierendes EU-ETS⁷ schaffen,
6. Kohlekraftwerke und *Carbon Capture and Storage* (CCS)-Technologien⁸,
7. Mobilität und Transportsektor,
8. Arbeitsmarkt-Arrangements für Arbeitsplätze und zur Ausbildung schaffen,

9. Förderung der Vermarktung von Energietechnologien und -innovationen für Wachstum und Export,
10. Finanzierung von nachhaltigen Investitionen (SER, 2013a; 2013b).

Die Frage der Kosten und Finanzierung der Transformation war von zentraler Bedeutung (Interview-NL1; Interview-NL3). Diese sollten für Verbraucher und Energieunternehmen so gering wie möglich ausfallen und letztlich auf Energiepreissenkungen hinauslaufen (SER, 2013a; 2013b). So ist im Pakt eine moderate Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung vorgesehen. Damit sollen Einsparungen im SDE+-Fördersystem (*Stimulerend Duurzame Energieproductie*), den Subventionsregelungen zur Förderung der nachhaltigen Energieerzeugung, erzielt werden, während zugleich größere Investitionen in innovative Technologien und effizienzsteigernde Maßnahmen geplant sind. Neben Einsparungen im Fördersystem sollten eine Erhöhung der Energiebesteuerung und Ausnahmeregelungen bei der Erhebung der Kohlesteuer zur Kostenentlastung der Wirtschaft und der Konsumenten beitragen (SER, 2013a, S. 131-132).

Zur Finanzierung umfangreicher langfristiger Investitionen erarbeitete eine Gruppe aus Vertretern der Niederländischen Vereinigung für Banken NVB, des Versicherungsverbands, des Pensionsfondsverbands, der Branchenverbände und Vertreter verschiedener Ministerien ein Finanzierungskonzept (SER, 2013a, S. 119 f.). Das zweite Kabinett Rutte hatte insgesamt 70 Mio. Euro in der Legislaturperiode 2012-2017 eingeplant, um solche Projekte zu finanzieren, darunter Maßnahmen von Gemeinden zur Förderung lokaler und regionaler Initiativen der Energieeinsparung und -gewinnung, zur besseren Anwendung des Umweltschutzgesetzes sowie Paktvorhaben, die Energieinnovationen und den Export stärken sollten (Regeerakkoord, 2012; SER, 2013a, S. 26, 125, 131). Die Regierung investierte 150 Mio. Euro in einen revolvingierenden Fonds zur Energieeinsparung (*revolverend fonds voor energiebesparing*), der Anreize für Energieeinsparmaßnahmen von Vermietern und Wohnungseigentümern schaffen sollte. Des Weiteren wurden 400 Mio. Euro bereitgestellt für Investitionen in Energieeinsparmaßnahmen im sozialen Wohnungssektor (SER, 2013a, S. 42, 46-47).

In Ergänzung zu den Verhandlungen organisierten die Regierung und der SER Veranstaltungen für Bürger und Experten zu energiepolitischen Themen. Bürger konnten zudem an einer Online-Befragung teilnehmen (SER, 2013a, S. 6). Allerdings berichteten Interviewpartner, dass sich die Umsetzung der Bürgerveranstaltungen als schwierig erwies, da diese überwiegend von Personen mit selektiven Standpunkten genutzt würden und kaum neutral gesinnte Bürger mit verwertbaren Einwänden teilnahmen (Interview-NL1).

Im Zeitraum von April bis Juli 2016 veranstaltete das Wirtschaftsministerium dann einen Energiedialog (*Energiedialoog*). In Konsultationsrunden und in Online-Foren zur zukünftigen Energieversorgung in den Niederlanden nahmen staatliche Akteure, Unternehmen, Wissenschaftler, Bürger und weitere Interessengruppen teil (Ministerie van Economische Zaken (EZ), 2016a; Rijksoverheid, 2016). Die Ergebnisse dieses Dialogs integrierte die Regierung in ihre 2016 veröffentlichte Energieagenda. Sie enthält langfristige Zielsetzungen für den Übergang zu einer CO₂-armen Energieversorgung bis 2050 (Ministerie van EZ, 2016a; 2016b; Rijksoverheid, 2016).

5.2 Implementation und Evaluierung

Ein beim SER angesiedelter Prüfungsausschuss, die *SER-Commissie Borging Energieakkoord* (BEA), beaufsichtigt die Implementation der Paktvereinbarungen. Dem Prüfungsausschuss steht ein unabhängiger Vorsitzender vor. Des Weiteren sind an dem Gremium Vertreter aller 47 Vertragspartner beteiligt (BEA, 2016; SER, 2016a). Die Umweltbewertungsbehörde PBL und anfangs auch das Energieforschungszentrum der Niederlande ECN übernahmen Aufgaben der Kostenkalkulation und Folgenabschätzung (SER, 2016a; Interview-NL3).⁹

Neben dem Prüfungsausschuss bestehen sog. *High-level* Verhandlungen, in denen der Teilnehmerkreis der vormaligen Steuerungsgruppe sich informell berät: Vertreter der Regierung, der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sowie der als „Grüne Koalition“ (*Groene Coalitie*) firmierenden Dachvereinigung aus Naturschutz- und Umweltverbänden und nachhaltigkeitsorientierten Unternehmen (De Groene Zaak, 2015, S. 27). Das Implementations-Monitoring wird von Referenten des SER unterstützt (KWINK Groep, 2016, S. 18). In der Vergangenheit mussten die energieintensiven Industrien ergänzende Maßnahmen vereinbaren, um ihre Selbstverpflichtung, bis 2020 zusätzlich neun Petajoule (PJ) Energie einzusparen, auch tatsächlich erreichen zu können. Das Wirtschaftsministerium begrüßte die Übereinkunft, behielt sich aber vor, ggf. eine Einsparungsverpflichtung einzuführen (Ministerie van EZ, 2017; Rijksoverheid, 2017; Interview-NL1).

Die Energiepakt-Verhandlungen wurden bisher einmal evaluiert. Die Beratungsagentur KWINK Groep legte im September 2016 ihre Evaluationsergebnisse vor (SER, 2016b). Sie kommt zu dem Ergebnis, dass es mithilfe der Verhandlungen zu Vereinbarungen über Maßnahmen zur Energieeinsparung und zum Ausbau der erneuerbaren Energien gekommen sei, die andernfalls nicht beschlossen worden wären. Die Autoren erachten daher die Verhandlungsstrategie der Regierung als geeignet, um die gesetzten Ziele der Energietransformation zu erreichen. Es liege nun an den beteiligten Akteuren, ihre Selbstverpflichtungen auch tatsächlich umzusetzen. Mit Blick auf die zukünftige Ausrichtung der Klima- und Energiepolitik der Regierung empfehlen die Gutachter, diese an den internationalen Klimazielen für 2030 und 2050 auszurichten (KWINK Groep, 2016, S. 57-70; Ministerie van EZ, 2016c, S. 3-4).

5.3 Der Klimapakt (*Klimaataakkoord*)

Während der Energiepakt mit seiner Laufzeit bis 2020 (und in einigen Fällen bis 2023 bzw. 2030) weiter implementiert wird, initiierte das Wirtschaftsministerium des seit Oktober 2017 amtierenden dritten Kabinetts Rutte im Februar 2018 Verhandlungen über einen Klimapakt. Mit dem Klimapakt, dessen übergeordnetes Ziel die Reduzierung von CO₂-Emissionen ist, soll das Pariser Übereinkommen von 2015 umgesetzt werden. Neben dem Klimapakt beabsichtigte die Regierung, ein Klimagesetz zu verabschieden (Ministerie van EZK, 2017; 2018c; Regeerakkoord, 2017). Nachdem der Entwurf des Klimaschutzgesetzes Ende Dezember 2018 mit breiter Mehrheit von der Zweiten Kammer verabschiedet wurde, stimmte im Mai 2019 auch die Erste Kammer zu. Das Gesetz wird zum 1. September 2019 in Kraft treten. Es beinhaltet übergeordnete Ziele und gibt einen Rahmen vor. Die Ziele sehen eine Reduzierung des Treibhaus-

gasausstoßes um 49% bis 2030 und um 95% bis 2050 gegenüber dem Jahr 1990 vor sowie eine 100-prozentige CO₂-neutrale Stromerzeugung bis 2050 (Eerste Kamer, 2019b; Staatsblad, 2019). Spezifische Maßnahmen sollten über den Klimapakt ausgehandelt werden.

Die Zentralregierung und SER-Referenten verhandelten mit Vertretern der Industrie, Interessengruppen sowie Provinzen, Gemeinden und Wasserverbänden über Maßnahmen, um das Ziel, CO₂-Emissionen um 49% bis 2030 zu reduzieren, erreichen zu können. Wie beim Energiepakt ist das Wirtschaftsministerium federführend, in diesem Fall leitet es aber selbst die Verhandlungen, mit Unterstützung des SER. Unter dem dritten Kabinett Rutte ist das Wirtschaftsministerium (Ministerie van Economische Zaken en Klimaat, EZK) für Energie- und Klimafragen zuständig, die somit stärker miteinander verknüpft werden (Interview-NL4).

Neben dem Wirtschaftsministerium nehmen das Innenministerium, das Ministerium für Infrastruktur und Wassermanagement und das Ministerium für Landwirtschaft, Natur und Lebensmittelqualität teil (Rijksoverheid, 2018a). Wie beim Energiepakt wurden Arbeitsgruppen eingerichtet. Die fünf Gruppen (*sectortafels*) arbeiteten zu den Themen Gebäude, Industrie, Landwirtschaft und Landnutzung, Mobilität und Elektrizität. Drei weitere Arbeitsgruppen brachten die Themen Finanzierung, Arbeitsmarkt und Ausbildung sowie Innovationen übergreifend in die Arbeit der Sektorengespräche ein. Der Klimarat leitet den Verhandlungsprozess. Diesem steht ein unabhängiger Vorsitzender vor und ihm gehören die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen und Vertreter des Ministeriums EZK an. Parallel zu den Verhandlungen des Klimapakts plante die Regierung mehrere Bürgerbeteiligungsforen ein. So organisierte sie fünf regionale Treffen und mehrere kleinere Gruppengespräche für nicht an den Verhandlungen beteiligte Interessengruppen und für Bürger (SER, 2018a, S. 20).

Im Juli 2018 veröffentlichte der Klimarat einen ersten Zwischenbericht (SER, 2018b). In ihren Bewertungen forderten die Umweltbewertungsbehörde PBL und das Büro für Wirtschaftspolitikanalyse CPB (*Centraal Planbureau*) die Konkretisierung der Maßnahmen und ihrer Umsetzung (CPB, 2018; PBL, 2018). Im Dezember 2018 legte der Klimarat dann den Entwurf eines Maßnahmenpakets vor (Ontwerp van het Klimaataakkoord, SER, 2018a). Allerdings verweigerten die Umweltverbände und die Gewerkschaft FNV den Klimapakt-Entwurf in dieser Fassung mitzutragen. PBL und CPB stellten am 13. März 2019 ihre Prüfberichte über den Entwurf vor (Ministerie van EZK, 2018a; Van Santen & Van der Walle, 2018). PBL überprüfte die Erreichbarkeit des Emissionsreduktionsziels und die Kosten der beabsichtigten Maßnahmen. CPB hatte den Auftrag, zu prüfen, welche Auswirkungen die Maßnahmen auf die öffentlichen Ausgaben, die Aufwendungen und Einkommen der Haushalte sowie die Lastenverteilung haben (Klimaataakkoord, 2019a; 2019b). Aus den Berechnungen von PBL geht hervor, dass große Unsicherheiten in Bezug auf die Effekte der beabsichtigten Maßnahmen des Klimapakt-Entwurfs bestehen bleiben. Die Maßnahmen könnten zu einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen zwischen 31-51 Megatonnen CO₂-Äquivalenten führen. Auch wenn das 49%-Ziel noch in diesem Bereich liegt, wird es 2030 aber wahrscheinlich nicht erreicht werden. Um Unsicherheiten bezüglich der Effekte der beabsichtigten Maßnahmen abzubauen, müssten weitere (politische) Entscheidungen getroffen werden. Die Kosten des Maßnahmenpakets würden sich auf 1,6-1,9 Mrd. Euro belaufen und damit geringer ausfallen als erwartet. Ein zentrales Ergebnis der CPB-Analyse ist, dass Haushalte mit (unterem) mittleren Einkommen stärker von den

Maßnahmen betroffen sein werden, als Haushalte mit höchsten und niedrigsten Einkommen, wobei letztere mehr negative und positive Ausreißer aufweisen (PBL, 2019a; 2019b; CPB, 2019). Die Regierung kündigte in Reaktion auf die Prüfberichte ergänzende Maßnahmen an, die eine Lastenverlagerung vom Bürger zu den Unternehmen vorsehen, eine CO₂-Abgabe für die Industrie und einen größeren Beitrag der Landwirtschaft zur CO₂-Reduzierung (Tweede Kamer, 2019a). Nach Behandlung der Prüfberichte im Parlament, veröffentlichte der Klimarat Ende Juni 2019 die überarbeitete Version des Klimapaktes. Alle beteiligten Organisationen sind zur Zustimmung zu dem Pakt aufgefordert. Anfang Juli 2019 debattierte das Parlament über den Pakt (Tweede Kamer, 2019b; Voorzitter Klimaatberaad, 2019). Der Energiepakt, aus dem Maßnahmen noch umgesetzt werden, soll in die Umsetzung und das Monitoring des Klimapaktes integriert werden (SER, 2019b).

5.4 Die deutsche Energiewende-Politik im Vergleich

Wie erwähnt zeigen die Niederlande und Deutschland eine ähnliche Transformationsbilanz, allerdings unter Anwendung weitgehend unterschiedlicher Steuerungsmodi. Die Niederlande verfügen mit ihrem Handlungsrepertoire der Verhandlungsdemokratie über einen Governance-Ansatz, der das Konfliktniveau senkt und für die Transformation des Energiesystems langfristig günstige Voraussetzungen bietet. In Bezug auf die staatliche Steuerungskapazität im Systemübergang erhalten die Niederlande bessere Werte in den Bereichen Regulierung und politische Verpflichtung zur Emissionsreduzierung sowie hinsichtlich ihrer Infrastrukturentwicklung und eines innovativen Unternehmensumfeldes (World Economic Forum, 2019, p. 15).

Unter „*energietransitie*“ sind strukturelle Veränderungen oder Übergänge zu verstehen, die das Ergebnis von interagierenden und einander verstärkenden Entwicklungen in verschiedenen Bereichen wie z. B. Wirtschaft, Kultur, Technologie, Institutionen und Natur und Umwelt sind. In beiden Pakten ist erkennbar, dass die Niederlande die Ziele und Maßnahmen der darin berücksichtigten Sektoren aufeinander abstimmen. So werden etwa der Ausbau der Erneuerbaren Energien mit technologischen Innovationen und den Erzeuger- und Verbraucherpreisen von Energie verknüpft.

Anders sieht es in Deutschland aus (Czada & Musch, 2017). Deutschland galt lange als Vorreiter der Energiewende aufgrund seiner Erneuerbare-Energien-Politik. Trotz des raschen und intensiven Ausbaus von erneuerbaren Energien wird Deutschland aber seine Klimaschutzziele verfehlen. Wie unter anderem Christine Chemnitz (2018), Arthur Benz (in diesem Heft) und Roland Czada (in diesem Heft; Czada & Radtke, 2018) zeigen, liegen diese Verfehlungen vor allem in Steuerungs- und Koordinationsproblemen im föderalen System sowie in zunehmenden gesellschaftlichen Konflikten begründet, die nach dem Verfall korporatistisch-konsensueller Konfliktregelungsstrukturen auf staatlich-autorativem Weg nicht adäquat bewältigt werden. Zwar bildete sich ein politischer Richtungskonsens über die Energiewende und den Kernausstieg nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima im März 2011 heraus (wobei Chemnitz (2018) auch das anzweifelt). Es mangelt jedoch am Handlungskonsens der beteiligten Akteure. In Teilen fehlen ihnen die Akteurqualität und Ressourcen, um sich auf der Basis von Selbstverpflichtungen an der Implementation zu beteiligen. Maßgebliche Entscheidungen der deutschen Energiewendepolitik fielen in Kommissionen (Töpfer-

Kommission, Kohlekommission), deren Mitglieder als zumeist regierungsfreundliche Experten oder Aktivisten ad personam berufen wurden. Anders als die in die Energie- und Klimapakte der Niederlande eingebundenen korporativen Verbandsakteure repräsentieren sie keine Mitgliederinteressen und können ihre mutmaßliche Gefolgschaft nicht auf ein bestimmtes Verhalten verpflichten. Im Vergleich dazu erzielten Kommissionen und Gipfelrunden in Deutschland zumeist nur vage Absichtserklärungen, deren Umsetzung weitgehend staatlichen Akteuren überlassen bleibt (Czada in diesem Heft). Deren Instrumentenwahl bleibt beschränkt auf regulative Eingriffe, Marktschaffung, steuerliche Anreize und Direktsubventionen, während im niederländischen Fall eine von Interessenausgleich geprägte Konzertierung von mit relevanten Ressourcen ausgestatteten gesellschaftlichen Verbänden vorherrscht. Zusätzlich belasten unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und Interessenlagen von Bund und Ländern sowie Konflikte im Parteiensystem die deutsche Energie- und Klimapolitik, während die korporatistische Politik der Niederlande vom Parteienwettbewerb entkoppelt ist (dazu grundsätzlich Lehbruch, 1977). Die Folge für die deutsche Energie- und Klimawende ist, dass einzelne politische Maßnahmen (Kernenergieausstieg, Kohleausstieg, Windkraft- und Solarenergieausbau, Strompreisentwicklung, Technologiepolitik, Energiesparziele, Wachstum und Arbeitsmarkt) nicht adäquat aufeinander abgestimmt wurden und unge löste Verteilungskonflikte der Zielerreichung entgegenwirken.

6 Fazit

Die Fallstudie soll zeigen, dass die niederländische Regierung auf das in der Vergangenheit bewährte Handlungsrepertoire der Verhandlungsdemokratie zurückgriff, um die Politik der Energietransformation umfassend und auf breiter Konsensbasis anzulegen. Es liegt demnach institutionelle Pfadabhängigkeit vor. In den 1980er und 1990er Jahren hatte die Regierung mit dem Poldermodell das korporatistische Repertoire in der Wirtschafts- und Sozialpolitik reaktiviert und eine verhandelte Reform des niederländischen Wohlfahrtsstaates im Konsens mit den Sozialpartnern bewerkstelligt (Visser & Hemerijck, 1997; 1998). In der Energiepolitik leitete die Regierung Verhandlungen mit verschiedenen Interessenorganisationen ein, die zum Energiepakt führten. An den Verhandlungen nahmen Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, die Dachverbände der Energieunternehmen, Naturschutz- und Umweltverbände und weitere Interessengruppen teil. Die Zentralregierung beteiligte zudem die Provinzen, Gemeinden und Wasserverbände. Durch die Übertragung der Verhandlungsleitung an den SER delegierte die Regierung die Aufgabe an das älteste und wichtigste Politikberatungsorgan im politischen System der Niederlande. Der SER brachte seine Expertise ein und übernahm die Rolle eines Mediators zur Vermittlung zwischen in Konflikt stehenden Interessen. Weitere Expertise wurde über die Umweltbewertungsbehörde PBL und das Energieforschungszentrum ECN eingebunden. Die Institutionen der Politikberatung stärkten nicht nur die Legitimation der Verfahren, sondern trugen wesentlich zur inhaltlichen Fundierung der Beschlüsse bei. Durch Unterzeichnung des Paktes verpflichteten sich die beteiligten Akteure, die Maßnahmen umzusetzen. Damit beteiligte die Regierung die verschiedenen Akteure nicht nur an der Formulierung, sondern machte sie über ihre jeweiligen Selbstverpflichtungen auch für die Umsetzung der Maßnahmen mitverantwortlich. Über verfeinerte Kontrollmechanismen wird die Implementation

überwacht. Das geschieht im Schatten der Hierarchie, denn die Regierung kann die Paktteilnehmer über rechtlich verbindliche Regelungen zur Umsetzung verpflichten. Auch der Klimapakt steht in der Tradition des Poldermodells. Die Regierung übernimmt in diesem Fall aber eine stärker steuernde Funktion. Der SER wirkt auch hier unterstützend an den Verhandlungen mit. PBL ist zusammen mit dem CPB mit der Expertisefunktion beauftragt. Mit dem Klimapakt von Juni 2019 liegt nun eine geänderte Fassung vor, die der Zustimmung aller beteiligten Akteure bedarf. Es bleibt abzuwarten, ob die Umweltverbände und die Gewerkschaft FNV diesem Konzept nun zustimmen werden.

Die Verhandlungen des Energiepaktes zeigen, dass die Niederlande eine umfassende, Wirtschaftssektoren und gesellschaftliche Teilsysteme übergreifende Transformation des Energiesystems anstreben. Der Pakt schließt Maßnahmen in den Bereichen Energieeffizienz, Ausbau erneuerbarer Energien, dezentrale Energieerzeugung, Energieübertragungsnetze, Kohlektor, Mobilität und Transport, Arbeitsmarktentwicklung, Technologien und Marktinnovationen ein. Um die Energiekosten für die Bevölkerung möglichst gering zu halten, erfolgt der Ausbau erneuerbarer Energien eher langsam, während technologische Innovationen wie etwa Energiespeichertechnologien sehr stark gefördert werden. Die Energietransformation wird stets im Kontext des Wirtschaftswachstums und der Arbeitsmarktentwicklung behandelt. Damit geht die Regierung bei der Transformation ihres Energiesystems sehr geplant vor und koppelt die Sektoren miteinander. Ihre Strategie kann, in Anlehnung an Analysen zur administrativen Interessenvermittlung (Czada, 1991; Lehmbuch, 1987), als verhandelte Transformation bezeichnet werden, in der der Staat als Initiator, Organisator und Agendasetzer auftritt.

Institutionelle Anpassungen in den Verhandlungsverfahren zielten auf eine verbesserte Implementationskontrolle und neue Formen der Bürgerbeteiligung. Diese institutionellen Anpassungen können als Strategie des *layering* verstanden werden. Sie werden dem etablierten Verfahren der Verhandlungsdemokratie hinzugefügt. Die Verhandlungen zeichnen sich durch Kompromissfindung (*bargaining*) vor dem Hintergrund eines argumentativ vereinbarten Zielkonsenses (*arguing*) aus (Benz, 2007; Czada, 2000; Lehmbuch, 1967; Lijphart, 1968). Aufgrund der langen Dauer, einer großen Teilnehmerzahl, dem Erfordernis zu Kompromissbildung und der Öffentlichkeitsbeteiligung waren die Verhandlungen allerdings mit hohen Transaktionskosten verbunden. Wie Franz Lehner (1991, S. 252; 1986; Czada, 2000, S. 27) darlegt, müssen hohe Interaktions- und Entscheidungskosten aber nicht notwendig zu ineffizienter Politik führen, sondern können sogar – auf Kosten schneller Entscheidungen – mehr langfristige Effizienz bewirken. In den Worten von Arend Lijphart können Verhandlungsdemokratien somit „kinder, gentler qualities“ in politischen Entscheidungsprozessen produzieren (Lijphart, 1999, S. 293 f.; Toonen & Hendriks, 2018, p. 278). Denn durch Beteiligung und Verhandlung erfolgt eine hohe soziale und sachliche Integrationsleistung, die eine höhere Effektivität und Effizienz staatlichen Handelns begünstigt. Politiken finden breite Unterstützung, wodurch zugleich eine hohe Stabilität und Zielkonsistenz erreicht werden kann. Daher erscheinen umfassende Verhandlungen zur Formulierung und Umsetzung langfristiger, transformativer Strukturpolitiken besonders geeignet. Die niederländische Variante der Energietransformation und das ihr zugrundeliegende Zusammenspiel von Regierungsinitiative, Interessenvermittlung und Politikberatung kann als ein Musterbeispiel eines solchen Ansatzes betrachtet werden.

Anmerkungen

- * Für hilfreiche Kommentare bedanke ich mich bei Arthur Benz und Roland Czada, den Teilnehmern der Workshops zum Thema Energietransformation in Osnabrück (15.-16.06.2018) und Darmstadt (7.-8.12.2018) sowie den anonymen Gutachtern des Beitrags. Für verbliebene Fehler bin ich selbst verantwortlich.
- 1 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden ausschließlich die männliche Sprachform verwendet. Die weibliche Form ist selbstverständlich jeweils eingeschlossen.
- 2 Das Kabinett Mark Rutte III besteht neben der VVD aus dem christdemokratischen CDA (Christen-Democratisch Appèl), der linksliberalen D66 (Democraten 66) und der christlich-konservativen ChristenUnie (CU).
- 3 Unter den unabhängigen Sachverständigen sind der Präsident der niederländischen Zentralbank (De Nederlandse Bank, DNB) und der Direktor des CPB von Amts wegen Mitglied (SER, 2019a).
- 4 Die Klimaschutzorganisation Urgenda hatte im Jahr 2013 die Klage gegen den niederländischen Staat erhoben. Die Stiftung Urgenda und 886 Einzelkläger beantragten, den niederländischen Staat dazu zu verurteilen, bis 2020 die CO₂-Emissionen um mindestens 25% gegenüber 1990 zu reduzieren (Saurer & Purnhagen, 2016, S. 18).
- 5 Der ETI 2019 misst zum einen die Voraussetzungen der Systemperformanz in Bezug auf wirtschaftliche Entwicklung und Wachstum, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit. Des Weiteren werden die Fähigkeit zum Systemübergang anhand der Dimensionen Energiesystemstruktur, Kapital und Investitionen, Regulierung und politisches Engagement, Humankapital und Beteiligung der Verbraucher, Infrastruktur und innovatives Unternehmensumfeld sowie Institutionen und Governance ermittelt.
- 6 Die *Waterschappen*, Wasserverbände, sind öffentlich-rechtliche Körperschaften, die den Provinzialverwaltungen unterstehen. Sie sind für die Wasserwirtschaft zuständig. Der Hochwasserschutz, die Sicherstellung der Wasserversorgung und die Unterhaltung der Land- und Wasserwege gehören unter anderem zu ihren Aufgaben. Die Wasserverbände sind eine der ältesten Formen der Selbstverwaltung. Erste Wasserverbände entstanden bereits im Mittelalter. Heute gibt es noch 21 Wasserverbände. Diese sind alle Mitglied der *Unie van Waterschappen*, dem Dachverband der Wasserverbände (Vis, 2001, S. 106; Unie van Waterschappen (UvW), 2019).
- 7 Mit dem Europäischen Emissionshandelssystem (EU-ETS) sollen die Treibhausgas-Emissionen der teilnehmenden Energiewirtschaft und der energieintensiven Industrie reduziert werden. Es wurde 2005 zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls eingeführt. Seit 2012 nimmt auch der innereuropäische Luftverkehr teil (Umweltbundesamt (UBA), 2018).
- 8 CCS-Technologie: CCS steht für *Carbon* bzw. *CO₂ Capture and Storage* und bedeutet die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid im Untergrund (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), 2019).
- 9 Zum 1. April 2018 wurde das ECN in ein anderes Expertengremium integriert, die Niederländische Organisation für Angewandte Naturwissenschaftliche Forschung TNO (*Nederlandse Organisatie voor toegepast-natuurwetenschappelijk onderzoek*) (ECN, 2018).

Literatur

- ACM (Autoriteit Consument & Markt) (2017). *Incentive Regulation of the Gas and Electricity Networks in the Netherlands*. Den Haag: ACM.
- Andeweg, Rudy B. & Irwin, Galen A. (2014). *Governance and Politics of the Netherlands*. Houndmills u. a.: Palgrave Macmillan.
- BEA (Commissie Borging Energieakkoord) (2016, 23. Dezember). *Uitvoering Energieakkoord voor duurzame groei. Voortgangsrapportage Energieakkoord 2016* (Bericht an den Sozialökonomischen Rat SER). Den Haag.
- Bekkers, Victor, Buuren, Arwin van, Edwards, Arthur & Fenger, Menno (2018). Contested knowledge in Dutch climate change policy. *Evidence & Policy: A Journal of Research, Debate and Practice*, 14 (4), 571-587.

- Benz, Arthur (2007). Verhandlungen. In Arthur Benz, Susanne Lütz, Uwe Schimank & Georg Simons (Hrsg.), *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder* (106-118). Wiesbaden: VS Verlag.
- Benz, Arthur (2019). Koordination der Energiepolitik im deutschen Bundesstaat. *dms – der moderne staat*, 12(2), 299-312
- BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) (2019). *Die weitere Entwicklung von CCS-Technologien*. Verfügbar unter: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Industrie/weitere-entwicklung-ccs-technologien.html> [22.07.2019].
- CBS (Centraal Bureau voor de Statistiek) (2018a). *CBS StatLine. Industrie en energie. Energiebalans; aanbod, omzetting en verbruik*.
- CBS (2018b, 09. Mai). *Uitstoot broeikasgassen in 2017 licht afgenomen*. Verfügbar unter: <https://www.cbs.nl/nl-nl/nieuws/2018/19/uitstoot-broeikasgassen-in-2017-licht-afgenomen> [17. Januar 2019].
- CBS, PBL & Wageningen University and Research (2017). *Emissies broeikasgassen, 1990-2015 [23]* (indicator 0165, versie 30, 25.04.2017). CBS, Den Haag; Planbureau voor de Leefomgeving, Den Haag/Bilthoven en Wageningen UR, Wageningen. Verfügbar unter: www.compendiumvoordeleefomgeving.nl.
- Chemnitz, Christine (2018). Der Mythos vom Energiewendekonsens. Ein Erklärungsansatz zu den bisherigen Koordinations- und Steuerungsproblemen bei der Umsetzung der Energiewende im Föderalismus. In Jörg Radtke & Norbert Kersting (Hrsg.). *Energiewende: Politikwissenschaftliche Perspektiven* (155-203). VS Verlag.
- Correljé, Aad, Linde, Coby van der & Westerwoudt, Theo (2003). *Natural Gas in the Netherlands. From Cooperation to Competition?* Amsterdam-Zuidoost: Oranje-Nassau Groep.
- CPB (Centraal Planbureau) (2018, 13. September). *Beoordeling "Voorstel voor hoofdlijnen van het Klimaatakkoord"*. CPB Notitie. Den Haag: CPB.
- CPB (2019). *Doorrekening ontwerp-Klimaatakkoord*. CPB Notitie März 2019. Den Haag.
- Czada, Roland & Musch, Elisabeth (2017, 06.-09. September). National and temporal patterns of policymaking. Energy transformation in the Netherlands and Germany compared. ECPR General Conference, Oslo.
- Czada, Roland & Radtke, Jörg (2018). Governance langfristiger Transformationsprozesse. Der Sonderfall „Energiewende“. In Jörg Radtke & Norbert Kersting (Hrsg.). *Energiewende. Politikwissenschaftliche Perspektiven. Schriftenreihe Energietransformation* (131-153). Wiesbaden: VS Verlag.
- Czada, Roland (1991). Regierung und Verwaltung als Organisatoren gesellschaftlicher Interessen. In Hans-Herman Hartwich & Götztrik Wewer (Hrsg.). *Regieren in der Bundesrepublik III. Systemsteuerung und „Staatskunst“* (151-173). Opladen: Leske + Budrich.
- Czada, Roland (2000). Konkordanz, Korporatismus und Politikverflechtung: Dimensionen der Verhandlungsdemokratie. In Everhard Holtmann & Helmut Voelzkow (Hrsg.). *Zwischen Wettbewerbs- und Verhandlungsdemokratie. Analysen zum Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland* (23-49). Wiesbaden: VS Verlag.
- Czada, Roland (2019). Politikwenden und transformative Politik in Deutschland. *dms – der moderne staat*, 12(2), 400-417.
- Daalder, Hans (1996). *The Netherlands: still a consociational democracy?* (Reihe Politikwissenschaft/Institut für Höhere Studien, Abt. Politikwissenschaft, 33). Wien: Institut für Höhere Studien (IHS).
- De Groene Zaak (2015). *Jaarverslag 2014. Ondernemers voor een duurzame economie*. Den Haag: De Groene Zaak.
- De Rechtspraak (2018). *Uitspraken. ECLI:NL:RBDHA:2015:7196*. Verfügbar unter: <https://uitspraken.rechtspraak.nl/inziendocument?id=ECLI:NL:RBDHA:2015:7196&keyword=urgenda> [23. November 2018].
- DIHK (Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.) (2018). *Niederlande beenden bis 2030 Erdgas-Förderung in Groningen*. Verfügbar unter: <https://www.karlsruhe.ihk.de/innovation/energie/AktuellesEnergie> [24. November 2018].

- DNHK (Deutsch-Niederländische Handelskammer) (2018). *Niederlande – Intelligente Lösungen für die Wärmewende und Energieinfrastruktur. Zielmarktanalyse 2018 mit Profilen der Marktakteure*. Den Haag: DNHK.
- E-Bridge Consulting GmbH et al. (2014, 18. August). *Internationale Regulierungssysteme. Vergleich von Regulierungsansätzen und -erfahrungen*. Im Auftrag der Bundesnetzagentur. Endbericht.
- EC (European Commission) (2019). *Klima- und Energiepaket 2020*. Verfügbar unter: https://ec.europa.eu/clima/policies/strategies/2020_de [7. August 2019].
- ECN (Energieonderzoek Centrum Nederland) (2018, 22. Februar). *ECN gaat samen met TNO; NRG zelfstandig verder*. Nieuws. Petten: ECN.
- Eerste Kamer der Staten-Generaal (2019a). 35.167. *Wet verbod op kolen bij elektriciteitsproductie*. Den Haag.
- Eerste Kamer der Staten-Generaal (2019b). 34.534. *Initiatiefvoorstel-Klaver, Asscher, Beckerman, Jetten, Dik-Faber, Yesilgöz-Zegerius, Agnes Mulder en Geleijnse Klimaatwet*. Den Haag.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2018, 10. Oktober). *Niederlande müssen Bürger vor Klimawandel schützen. Gericht verpflichtet das Land zum Klimaschutz / 25 Prozent weniger Kohlendioxid bis 2020*. *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, Wirtschaft, vom 10.10.2018, 15.
- Hemerijck, Anton & Meer, Marc van der (2016). *Nieuw Nederlands polderen. Van brede sociale akkoorden naar "ad hoc" hervormingscoalities*. In Maarten Keune (Hrsg.). *Nog steed een mirakel? De legitimiteit van het poldermodel in de eenentwintigste eeuw* (167-195). Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Hemerijck, Anton & Schludi, Martin (2000). *Sequences of Policy Failures and Effective Policy Responses*. In Fritz W. Scharpf & Vivien Schmidt (Eds.). *Welfare and Work in the Open Economy. Vol. 1: From Vulnerability to Competitiveness* (125-228). Oxford: Oxford University Press.
- Interview-NL1. *Interview mit Abteilungsleiter 1 des SER am 9. November 2017*.
- Interview-NL2. *Interview mit Abteilungsleiter 2 des SER am 24. September 2018*.
- Interview-NL3. *Interview mit einem Abteilungsleiter der Umweltbewertungsbehörde PBL am 25. September 2018*.
- Interview-NL4. *Interview mit einem Mitarbeiter der Abteilung Klima und Energie (DG Klimaat en Energie) des Ministeriums für Wirtschaft und Klimapolitik (Ministerie van EZK) am 9. November 2018*.
- Katzenstein, Peter J. (1985). *Small States in World Markets. Industrial Policy in Europe*. Ithaca/London: Cornell University Press.
- Kern, Florian & Howlett, Michael (2009). *Implementing transition management as policy reforms: a case study of the Dutch energy sector*. *Policy Science*, 42, 391-408.
- Keune, Maarten (2016). 1 Inleiding. *De legitimiteit van het poldermodel in de eenentwintigste eeuw*. In Ders. (Hrsg.). *Nog steed een mirakel? De legitimiteit van het poldermodel in de eenentwintigste eeuw* (9-36). Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Kleinfeld, Ralf (1997). *Das niederländische Modell – Grundzüge und Perspektiven einer Modernisierung des Sozialstaates*. Studie im Auftrag der Enquête-Kommission „Zukunft der Erwerbsarbeit“ des Landtags Nordrhein-Westfalen. Osnabrück.
- Klimaatakkoord (2019a). *PBL: "Grote stappen mogelijk, maar nog veel werk aan de winkel"*. Nieuwsbericht 13.03.2019 Verfügbar unter: <https://www.klimaatakkoord.nl/actueel/nieuws/2019/03/13/doorrekening-ontwerpklimaatakkoord-gereed> [2. August 2019].
- Klimaatakkoord (2019b). *Klimaatakkoord*. Den Haag 28. Juni 2019. Verfügbar unter: <https://www.klimaatakkoord.nl/> [2. August 2019].
- KWINK Groep (2016). *Evaluatie Energieakkoord voor duurzame groei. Onderzoek naar de werking van de aanpak van het Energieakkoord voor duurzame groei*. Den Haag: KWINK Groep.
- Laenderdaten.info (2019). *Energiehaushalt in Luxemburg*. Verfügbar unter: <https://www.laenderdaten.info/Europa/Luxemburg/energiehaushalt.php> [7. August 2019].
- Lehnbruch, Gerhard (1967). *Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich*. Tübingen: Mohr.

- Lehmbruch, Gerhard (1977). Liberal Corporatism and Party Government. *Comparative Political Studies*, 10, 91-126.
- Lehmbruch, Gerhard (1987). Administrative Interessenvermittlung. In Adrienne Windhoff-Héritier (Hrsg.). *Verwaltung und ihre Umwelt. Festschrift für Thomas Ellwein* (11-43). Opladen: Westdeutscher.
- Lehner, Franz (1986). Konkurrenz, Korporatismus und Konkordanz. Politische Vermittlungsstrukturen und wirtschaftspolitische Steuerungskapazität in modernen Demokratien. In Max Kaase (Hrsg.). *Politische Wissenschaft und politische Ordnung* (146-171). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lehner, Franz (1991). The Institutional Control of Organized Interest Intermediation: A Political Perspective. In Roland M. Czada & Adrienne Windhoff-Héritier (Eds.). *Political Choice: Institutions, Rules and the Limits of Rationality* (233-256). Frankfurt a. M./Boulder: Campus/Westview.
- Lepszy, Norbert (2006). Das politische System der Niederlande. In Wolfgang Ismayr (Hrsg.). *Die politischen Systeme Westeuropas* (349-387). 3. aktualisierte und überarbeitete Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.
- Lijphart, Arend (1968). *The Politics of Accommodation. Pluralism and Democracy in the Netherlands*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press.
- Lijphart, Arend (1999). *Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty Six Countries*. New Haven/London: Yale University Press.
- Ministerie van EZ (Ministerie van Economische Zaken) (2016a, 31. März). *Bericht an die Zweite Kammer. Energiedialoog*. Den Haag.
- Ministerie van EZ (2016b, 07. Dezember). *Bericht an die Zweite Kammer. Energieagenda*. Den Haag.
- Ministerie van EZ (2016c, 14. Oktober). *Bericht an die Zweite Kammer. Evaluatie Energieakkoord en Nationale Energieverkenning 2016*. Den Haag.
- Ministerie van EZ (2017). *Bericht an die Zweite Kammer. Uitvoeringsagenda Energieakkoord 2017*. Den Haag.
- Ministerie van EZK (Ministerie van Economische Zaken en Klimaat) (2017, 08. Dezember). *Bericht an die Zweite Kammer. Aanpak Klimaatwet en Klimaat- en Energieakkoord*. Den Haag.
- Ministerie van EZK (2018a, 21. Dezember). *Bericht an die Zweite Kammer. Aanbieding ontwerp-Klimaataakkoord*. Den Haag.
- Ministerie van EZK (2018b, 29. März). *Bericht an die Zweite Kammer. Gaswinning Groningen*. Den Haag.
- Ministerie van EZK (2018c, 05. Oktober). *Bericht an die Zweite Kammer. Kabinetsaanpak Klimaatbeleid*. Den Haag.
- Ministerie van EZK (2019a, 8. Februar). *Bericht an die Zweite Kammer. Gaswinning. Tweede Kamer, vergaderjaar 2018-2019, 33529, nr. 580*. Den Haag.
- Ministerie van EZK (2019b, 17. Juni). *Bericht an die Zweite Kammer. Verkenning maatregelen om gaswinning Groningen te verlagen naar 12 miljard Nm³ in het gasjaar 2019-2020*. Den Haag.
- Ministerie van VROM (Ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke Ordening en Milieubeheer) (2001). *Een wereld en een wil. Werken aan duurzaamheid*. Nationaal Milieubeleidsplan 4, NMP 4. Den Haag.
- Musch, Elisabeth (2011). *Integration durch Konsultation. Konsensbildung in der Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland und den Niederlanden*. Münster u.a.: Waxmann.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) & IEA (International Energy Agency) (Eds.) (2014). *Energy Policies of IEA Countries. The Netherlands. 2014 Review*. Paris: OECD.
- PBL (Planbureau voor de Leefomgeving) (2018, 27. September). *Voorstel Klimaataakkoord: genoeg potentieel voor doel 2030, maar succes hangt af van keuzes*. Nieuwsbericht. Den Haag.
- PBL (2019a). Effecten ontwerp Klimaataakkoord. Den Haag.
- PBL (2019b, 13. März). *Ontwerp-Klimaataakkoord: Grote stappen modelijk, maar nog veel werk aan de winkel*. Nieuwsbericht. Den Haag.
- Peet, Jan (2010). Zelfbeeld en zelfinzicht – De SER over de SER en de overlegeconomie. In Teun Jaspers, Bas van Bavel & Jan Peet (Hrsg.). *SER 1950-2010. Zestig jaar denkwerk voor draagvlak. Advies voor economie en samenleving* (225-247). Amsterdam: Boom.

- Pettenger, Mary E. (2007). The Netherlands Climate Change Policy: Constructing Themselves/ Constructing Climate Change. In Mary E. Pettenger (Eds.). *The Social Construction of Climate Change. Power, Knowledge, Norms and Discourses* (51-73). Aldershot: Ashgate.
- Pierson, Paul (2000). Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics, *The American Political Science Review*, 94 (2), 251-267.
- Pierson, Paul (2004). *Politics in Time. History, Institutions, And Social Analysis*. Princeton & Oxford: Princeton University Press.
- Regeerakkoord (2012, 29. Oktober). *Bruggen slaan*. Regeerakkoord VVD – PvdA. Den Haag.
- Regeerakkoord (2017, 10. Oktober). *Vertrouwen in de toekomst*. Regeerakkoord 2017-2021. VVD, CDA, D66 en ChristenUnie. Den Haag.
- Rijksoverheid (2016, 31. März). *Kamp en Kuipers starten energiedialoog*. Nieuwsbericht. Den Haag.
- Rijksoverheid (2017, 06. April). *Kamp verheugd over besparingsakkoord energie-intensieve industrie*. Nieuwsbericht. Den Haag.
- Rijksoverheid (2018a, 23. Februar). *Kabinet geeft startschot voor Klimaatakkoord*. Nieuwsbericht. Den Haag.
- Rijksoverheid (2018b, 18. Mai). *Kabinet verbiedt elektriciteitsproductie met kolen*. Nieuwsbericht. Den Haag.
- Roggenkamp, Martha (2016). Energy Law in the Netherlands. In Martha Roggenkamp, Catherine Redgwell, Anita Rønne & Inigo Del Guayo (Eds.). *Energy Law in Europe. National, EU and International Regulation* (725-806). Oxford: Oxford University Press.
- Rotmans, Jan (2011). *Staat van de Energietransitie in Nederland. Concept-versie*. DRIFT, Erasmus University Rotterdam. Verfügar unter: <http://janrotmans.blogspot.de/2011/08/staat-van-de-energietransitie-in.html> [27.November 2018].
- Santen, Hester van & Luttikhuis, Paul (2018, 09. Oktober). Hof: staat moet burger behoeden voor klimaatverandering. *NRC.NL*.
- Santen, Hester van & Walle, Erik van der (2018, 21. Dezember). Pas politieke steun voor klimaat-akkoord – ontwerp als de cijfers kloppen. *NRC.NL*.
- Saurer, Johannes & Purnhagen, Kai (2016). Klimawandel vor Gericht – Der Rechtsstreit der Nicht-regierungsorganisation „Urgenda“ gegen die Niederlande und seine Bedeutung für Deutschland. *ZUR*, 1, 16-23.
- Schrijvers, Erik (2012). Ongekozen bestuur. Opkomst en ondergang van het stelsel van adviescolleges en bedrijfsorganen (1945-1995). Dissertation, Universität Utrecht.
- SER (Sociaal Economische Raad) (2012, November). *Naar een Energieakkoord voor duurzame groei. Advies 12/07*. Uitgebracht aan de Minister van Economische Zaken en de Staatssecretaris van Infrastructuur en Milieu. Den Haag.
- SER (2013a, September). *Energieakkoord voor duurzame groei*. Rapport. Den Haag.
- SER (2013b). *Summary of: Energy Agreement for Sustainable Growth*. Den Haag.
- SER (2016a). *Commissie Borging Energieakkoord (BEA)*. Verfügar unter: <https://www.ser.nl/nl/raad/commissies/borging-energieakkoord.aspx> [11. November 2018].
- SER (2016b, 27. Mai). *KWINK groep voert evaluatie SER-Energieakkoord uit*. Den Haag.
- SER (2017, 28. März). *Briefadvies Governance van het energie- en klimaatbeleid*. Den Haag.
- SER (2018a, 21. Dezember). *Ontwerp van het Klimaatakkoord*. Den Haag.
- SER (2018b, 10. Juli). *Voorstel voor hoofdlijnen van het Klimaatakkoord*. Den Haag.
- SER (2019a). *Over de SER*. Verfügar unter: <https://www.ser.nl/nl/ser/over-ser> [11. August 2019].
- SER (2019b, 1. August). *Energieakkoord gaat op in Klimaatakkoord*. Nieuws 2019. Den Haag.
- SER Regiegroep Energieakkoord (2013). *Deelnemers Tafels Energieakkoord*. Den Haag.
- Staatsblad (2019). 254. Besluit van 2 juli 2019, tot vaststelling van het tijdstip van inwerkingtreding van de Klimaatwet. *Staatsblad 2019*, 254. Den Haag.
- Streeck, Wolfgang & Thelen, Kathleen (2005). Introduction: Institutional Change in Advanced Political Economies. In Dies. (Eds.). *Beyond Continuity: Institutional Change in Advanced Political Economies* (3-39). Oxford: Oxford University Press.
- Touwen, Jeroen (2014). *Coordination in Transition. The Netherlands and the World Economy, 1950-2010*. Leiden/Boston: Brill.

- Toonen, Theo A. J. & Hendriks, Frank (2018). The Embarrassment of Success: Institutional Underpinning of Polder Politics. In Frank Hendriks & Theo A. J. Toonen (Eds.), *Polder Politics. The re-invention of consensus democracy in the Netherlands (265-289)*. London and New York: Routledge Taylor&Francis Group.
- Tweede Kamer der Staten-Generaal (1989). *Nationaal Milieubeleidsplan (NMP)*. Tweede Kamer, vergaderjaar 1988-1989, 21 137, nr. 5.
- Tweede Kamer der Staten-Generaal (2019a). Debat over de doorrekening door het PBL en het CPB van het klimaatakkoord. 14. März 2019. Den Haag.
- Tweede Kamer der Staten-Generaal (2019b). *Kamer bespreekt Klimaatakkoord*. 3. Juli 2019. Den Haag.
- UBA (Umweltbundesamt) (2018). *Der Europäische Emissionshandel*. Verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/der-europaeische-emissionshandel#textpart-1> [22.07.2019].
- Unie van Waterschappen (UvW) (2019). *Over de Unie*. Verfügbar unter: <https://www.uvw.nl/vereniging/> [4. August 2019].
- Vis, Jan (2001). Die niederländische Demokratie: eine Einführung in das politische System. In Gerhard Moldenhauer & Jan Vis (Hrsg.). *Die Niederlande und Deutschland. Einander kennen und verstehen (97-120)*. Münster et al.: Waxmann.
- Visser, Jelle & Hemerijck, Anton (1997). *A Dutch Miracle. Job Growth, Welfare Reform and Corporatism in the Netherlands*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Visser, Jelle & Hemerijck, Anton (1998). *Ein holländisches Wunder? Reform des Sozialstaates und Beschäftigungswachstum in den Niederlanden*. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Voorzitter Klimaatakkoord (2019). *Brief aan de deelnemende partijen*. Betreft: Aanbieding Klimaatakkoord. 28. Juni 2019. Den Haag.
- Waarden, Frans van (2002). Dutch consociationalism and corporatism: a case of institutional persistence. *Acta Politica special, 1/2*, 44-67.
- Weggeman, Johan (2003). *Controversiële besluitvorming. Opkomst en functioneren van groen polderoverleg*. Utrecht: Lemma.
- World Economic Forum (2019). *Insight Report. Fostering Effective Energy Transition*. 2019 edition. Köln/Genf: World Economic Forum.
- Zanden, Jan Luiten van (2010). Economische groei en duurzaamheid – over de doelstellingen van het sociaal-economisch beleid. In Teun Jaspers, Bas van Bavel & Jan Peet (Hrsg.). *SER 1950-2010. Zestig jaar denkwerk voor draagvlak. Advies voor economie en samenleving (171-186)*. Amsterdam: Boom.

Anschrift der Autorin:

Dr. Elisabeth Musch, Universität Osnabrück, Fachbereich Kultur- und Sozialwissenschaften, Seminarstr. 33, 49074 Osnabrück,
E-Mail: elisabeth.musch@uni-osnabrueck.de.